

Transnationale Praktiken der Vermittlung im Regulativen Kapitalismus

zeitschrift
diskurs

www.diskurs-zeitschrift.de

Ausgabe 8 (Sonderheft)
Vermittlung in der internationalen Politik

Kontakt
christian.scheper@uni-due.de

Erschienen
November 2022

Christian Scheper

Universität Duisburg-Essen

Abstract

In recent years, transnational regulation research has focused on intermediary actors. I propose to turn the spotlight on the practices of intermediation themselves. I highlight two components of intermediation for this purpose: translation and form investment. Translation emphasizes processes of adaptation that occur when different orders of justification and worlds of production come together to concretize and change general norms and rules. Form investment emphasizes the related fabrication of more or less stable configurations and infrastructures of coordination that are still poorly established transnationally. We can thus understand regulatory practices in a productive sense: They change or stabilize forms of control, knowledge, but also objects of regulation and capacities for action. This article illustrates these theoretical considerations using the United Nations Global Compact as an example: While this voluntary learning and exchange forum is a weak regulatory instrument, the intermediation perspective points to powerful effects that result from management-oriented measurement and representation of international human rights and ecological standards.

Keywords

Regulierung, Übersetzung, Forminvestition, Praxistheorie, Global Governance

Einleitung

Mein Beitrag behandelt die Politik transnationaler Regulierung und rückt hierbei Praktiken der Vermittlung ins Zentrum. Damit möchte ich den bisherigen Fokus der Regulierungsforschung in der Disziplin der Internationalen Beziehungen (IB) auf vermittelnde Akteure (regulatory intermediaries, Abbott et al. 2017) praxistheoretisch erweitern, um normative Transformationsprozesse und Machteffekte besser erklären zu können. Diese Prozesse werden von institutionalistischen IB- Perspektiven bisher nur teilweise erfasst, da sie sich ‚unterhalb‘ von Institutionen (Normen, Regeln) abspielen und unterschiedliche Handlungslogiken innerhalb der globalen politischen Ökonomie in Betracht ziehen. Mit einem solchen Ansatz hoffe ich auch die Dialogfähigkeit mit anderen Forschungen zur transnationalen Regulierung zu verbessern, vor allem mit der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) und der (Rechts-)Soziologie. Ziel hierbei ist es, besser zu verstehen, welche produktiven gesellschaftlichen Prozesse mit Regulierung jenseits des Nationalstaats verbunden sind.

Transnationale Regulierungsforschung kreist seit Jahren verstärkt um das Konzept der Hybridität (Levi-Faur 2011; Vrieling et al. 2011) und deutet damit bereits an, dass mit unterschiedlichen Akteuren auch unterschiedliche Formen der Regulierung zusammengeführt werden. Hybridität bezieht sich dabei meist primär auf das Zusammentreffen privater und öffentlicher Regulierungsakteure und ihrer jeweiligen Modi der Kontrolle, also z.B. Markt und staatliche Autorität. So gesehen erscheint es zunächst eher als Desiderat altbekannter Regulierungsformen im und zwischen Nationalstaaten und gibt noch wenig Auskunft über die macht- und legitimationpolitischen Prozesse des transnationalen Regulierens und die transformativen Macht- und Herrschaftseffekte, die damit möglicherweise einhergehen.

Hybridität können wir aber auch anders begreifen: Sie bezeichnet eine Schnittstelle, an der zwischen unterschiedlichen Welten der Regulierung, also ihren Praktiken, Formen und Objekten, vermittelt wird. Ich schlage in diesem Sinne vor, die inhärente Ambivalenz und Ambiguität transnationaler Regulierung, die das Attribut des Hybriden bereits andeutet, zum Ausgangspunkt der Forschung zu machen, um sie hinsichtlich der produktiven Machteffekte neuer Regulierungsformen und -objekte näher zu untersuchen. Welche Kompromisse (oder Vereinnahmungen) unterschiedlicher sozialer Handlungslogiken, Rechtfertigungsordnungen und Produktionswelten der Akteure, die sich im Rahmen regulativer Regime zu koordinieren versuchen, verbergen sich in hybriden Formen und prägen neu entstehende transnationale Regulierungspraktiken mit ihren jeweiligen Macht- und Legitimationseffekten?

Ich werde im Folgenden zunächst den Begriff der Regulierungsforschung klären und ihr interessantes Potenzial im Rückgriff auf das Konzept des regulativen Kapitalismus erörtern. Ich beschreibe dann meinen Zugang über Praktiken der Vermittlung und stütze mich dabei auf praxistheoretische, insbesondere konventionstheoretische Forschungsansätze. Sie orientieren sich weniger an internationalen Normen und Regeln, sondern an kulturell geteiltem Wissen, routinierten Handlungen und ihren multiplen Bewertungen durch Akteure, die zu Kontroversen und Kompromissen in konkreten Handlungssituationen führen. Ich verdeutliche dann meine theoretischen Überlegungen zu Regulierungspraktiken und der Bedeutung ihrer Formen am Beispiel des Global Compact der Vereinten Nationen (UNGC). Während häufig eher die menschenrechtlichen und ökologischen Normen sowie der freiwillige Regelungscharakter des UNGC in der Forschung betont werden, stellt die hier vorgeschlagene Perspektive die managerialistischen Formen des Wissens, der Bewertung und Messung sowie ihre materiellen Manifestationen (z.B. Indikatoren, Indizes, Messinstrumente und -einheiten) in den Vordergrund und konkretisiert dabei die Kontroversen, Kompromisse und Vereinnahmungen, die eine bisher stärker akteurszentrierte Auseinandersetzung mit transnationalen Regulierungsintermediären nur andeutet. Ich schließe mit einer Zusammenfassung des inhaltlichen Mehrwerts eines praxistheoretisch fundierten Vermittlungskonzepts.

Zum Gegenstand transnationaler Regulierungsforschung: Vermittlung zwischen Normen, Regeln und Kapitalinteressen

Im Unterschied zum breiteren Begriff der Governance, der alle Formen von Steuerung und damit auch Allokation und Umverteilung umfasst, geht es in der Regulierung vor allem um Formen der Kontrolle von Akteurshandeln unter Bezugnahme auf allgemeine Normen und Regeln (Black 2002; Hood et al. 2004). Auf der transnationalen Ebene geschieht die Herstellung von Kontrolle etwa durch Zertifizierungen, Standards, Leitlinien, Verträge oder gesetzliche Anreize für Marktakteure – häufig zusammengefasst unter Konzepten wie „zivile“, „soziale“ oder eben „hybride“ Regulierung (Bartley 2011; Vrielink et al. 2011).

Die institutionalistische und rechtswissenschaftlich orientierte IB-Forschung hat in der jüngeren Literatur vor allem die unterschiedlichen Rollen von Akteuren als Vermittler von Normen und Regeln in solchen hybriden transnationalen Regulierungsformen ins Zentrum gerückt (Abbott et al. 2017; Levi-Faur 2011a; Koenig-Archibugi & Macdonald 2017). Ausgehend von institutionalisierten Normen und Regeln werden

neue Akteurskonstellationen im Hinblick auf die erzielte Regulierungseffektivität untersucht. Als populäres Modell lässt sich hierbei etwa das Regulator-Intermediary-Target (RIT-) Modell von Abbott et al. (2017) nennen.

Heterodoxe IPÖ-Theorien untersuchen ebenfalls transnationale Regulierung als Form der Vermittlung, sind hierbei aber weniger an Effektivität, sondern eher an Macht- und Herrschaftsfragen interessiert. Einflussreich ist etwa die Perspektive der „Internationalisierung des Staates“ (Brand 2013), die Prozesse der institutionellen Absicherung von Kapitalinteressen im transnationalen Raum in den Vordergrund hebt. Insbesondere angelehnt an historisch-materialistische Staatstheorie und die französische Regulationstheorie sind Institutionen hierbei als notwendige Absicherung der Möglichkeiten weitergehender Kapitalakkumulation zu verstehen. Hiermit sind Ziel und Richtung der Vermittlung ebenfalls wesentlich bestimmt – wenn auch ganz anders als durch die institutionalisierten Normen der konstruktivistischen IB-Forschung. Normative, ideologisch verankerte Rechtfertigungen erscheinen hier eher als Desiderate von Klasseninteressen, hinsichtlich ihrer produktiven Effekte jedoch nicht selbst als interessante Gegenstände der Untersuchung. Diese sind wiederum Kern soziologischer (Boltanski & Chiapello 2006) und jüngerer global-historischer Ansätze der heterodoxen politischen Ökonomie (Piketty 2020).

Diese unterschiedlichen und weitgehend fragmentierten Perspektiven leisten also jeweils ihre Beiträge zu einem facettenreichen Verständnis neuer und zunehmend dichter Formen transnationaler Regulierung. Allerdings rücken politische Fragen der Regulierung ‚zwischen‘ diesen disziplinären Blickwinkeln in den Hintergrund. Zwischen den Normen und den Kapitalinteressen liegen ethisch-politische und damit auch konfliktive Abwägungen und Entscheidungen von Akteuren über Technologien und Objekte des Regulierens auf Grundlage konkurrierender normativer Rechtfertigungsordnungen. Diese Prozesse, die Legitimitätspolitische Verschiebungen und damit entscheidende Veränderungen und Drehschrauben kapitalistischer Gesellschaften abbilden können (Boltanski & Chiapello 2006; Piketty 2020), bleiben teilweise verborgen, wenn Regulierung primär als Vermittlung von Normen und Regeln oder von Kapitalinteressen verstanden wird. Regulierung scheint dann eher Ergebnis von Politiken zu sein, die anderswo stattfinden (Normsetzung/-aushandlung; Klassenkämpfe), als selbst politisch und damit umkämpft zu sein. So ist es auch nicht überraschend, dass zwischen unterschiedlichen Strömungen der konstruktivistischen Regulierungsforschung in den IB und der IPÖ wenig produktiver Dialog stattfindet.¹

¹ Vgl. zum Problem des mangelnden Dialogs zwischen IB- und IPÖ-Perspektiven etwa Koddenbrock 2018.

Regulativer Kapitalismus: Politische Praxis jenseits der Dichotomie von Normen und Interessen

Institutionelle Normen und Regeln auf der einen Seite und Kapitalinteressen auf der anderen Seite sind also möglicherweise zu ungenau, um Machteffekte und produktive Prozesse der Regulierung verstehen und erklären zu können. Hier möchte ich vorschlagen, Regulierung weniger im Hinblick auf die Effektivität der Normumsetzung einerseits bzw. Absicherung von Kapitalinteressen andererseits zu verstehen, sondern eher politisch-soziologisch als produktive soziale Prozesse, die stets durch normative Qualitäts- und Rechtfertigungsdiskurse beteiligter Akteure gekennzeichnet sind, aber auch durch materielle Formen, Notwendigkeiten und Möglichkeiten. Vermittlung findet hier nicht (nur) zwischen Normen und Akteuren der IB statt (Staaten, internationale Organisationen, private Akteure), sondern zwischen unterschiedlichen Rechtfertigungsordnungen (Boltanski & Thévenot 2006) und Produktionswelten (Storper & Salais 1997) mit ihren materiellen Umwelten und Interessenkonstellationen.

Für die Herausbildung von Regulierungspraktiken – also strukturierter Aktivitäten, die als „kompetente Leistungen“ erkennbar sind (Adler & Pouliot 2011, S. 4) – sind dabei recht stabile Formen der Koordinierung notwendig. Dies ist transnational gerade angesichts der Multiplizität verschiedener Handlungslogiken notwendig. Die Regulierungspraktiken wirken wiederum zurück auf die gesellschaftliche Konstruktion der Bedeutung von Normen und ihrer Einhaltung. Dieses Ineinandergreifen normativer Diskurse und materieller Welten wurde etwa in rechtssoziologischen Forschungen zur sozialen Konstruktion von Compliance in Organisationen und die damit verbundene Verzahnung von legalen und organisationalen Feldern gezeigt (Edelman & Talesh 2011). Edelman und Talesh (2011) betonen hinsichtlich der Frage nach Compliance, dass es eben nicht um ein „ja oder nein“, sondern um das „wie“ gehe, das für die Interpretation von Rechtsnormen ganz entscheidend sei. Transnationale Regulierungspraktiken können in diesem Sinne strukturell produktiv sein und ihre Erforschung sollte über Fragen der Effektivität in der Erreichung von Compliance hinausgehen.

Einen ersten Beitrag hierzu kann die Figur des regulativen Kapitalismus leisten, geprägt vor allem von Braithwaite (2008) und Levi-Faur (2011b). Der Begriff ist ein Versuch der Aufwertung des Regulierungsbegriffs als Kernaspekt gesellschaftlicher Ordnungsprozesse. Er beschreibt einen Anstieg regulativer Institutionen und Praktiken in der globalen politischen Ökonomie und weist auf eine breite und komplexe Verbindung zwischen Regulierungsinstitutionen, -akteuren und kapitalistischer Produktion hin. Aus einer institutionalistischen Perspektive weist dies mit einem weiten politischen Verständnis der Regulierung ein breites Forschungsinteresse aus, das sich (wenn auch

mit ganz anderen Prämissen) ähnlichen Themen wie die französische Regulationstheorie (bzw. ihren heterodoxen Weiterentwicklungen innerhalb der IPÖ) widmet (Esser et al. 1994).

Konventionen der Regulierungspraxis: Multiple Rechtfertigungsordnungen und Produktionswelten

Weiterer Mehrwert könnte entstehen, wenn wir das Konzept des regulativen Kapitalismus weniger auf (formale) Institutionen ausrichten und stärker mit der Analyse von Praktiken verbinden. Hierfür können wir Annahmen und Erkenntnisse der französischen Konventionstheorie hinzuziehen und so eine praxistheoretische Brücke zwischen den bestehenden IB- und IPÖ-Forschungen schlagen. Aus dieser Sicht sind Normen und Regeln, aber auch Kapitalinteressen, stets unvollständig für die Erklärung des Handelns und der Koordination von Akteuren. Vielmehr müssen Akteure bereits existierende Konventionen heranziehen, um Regeln zu interpretieren und zu übersetzen. Konventionen sind in diesem Sinne die verfügbaren kulturellen Bestände, auf die Akteure notwendigerweise zurückgreifen, um Dinge und Ereignisse in Handlungssituationen zu interpretieren und zu evaluieren (Diaz-Bone 2018: 71).²

Wichtige Konkretisierungen hat das Konzept der Konventionen zum einen durch die Untersuchungen unterschiedlicher Rechtfertigungsordnungen erfahren (Boltanski & Thévenot 2006), spezieller auch im Hinblick auf eine sich stets wandelnde kapitalistische Ideologie (Boltanski & Chiapello 2006); zum anderen durch die Analyse dominanter „Produktionswelten“ mit je eigenen Qualitätsmaßstäben für die Beurteilung von produzierten Waren und Dienstleistungen (Storper & Salais 1997). Die Untersuchungen beziehen sich also einerseits auf vorherrschende normativ-moralische Konventionen, nach denen Akteure den Wert unterschiedlicher Handlungen und Dinge beurteilen, kritisieren und rechtfertigen; andererseits auf dominante Qualitätsstandards des produktiven wirtschaftlichen Handelns, die in Form von Hypothesen und Erwartungen das kreative und dennoch koordinierte Handeln von Wirtschaftsakteuren in der globalen politischen Ökonomie ermöglichen.

Die konventionstheoretische Sichtweise betont also die Heterogenität von ‚Qualitätsurteilen‘, die in sozialen Praktiken ständig zusammentreffen und zu Kompromissen

² Zur ausführlicheren Darstellung der französischen École de Conventions und ihrer Rezension in den deutschen und englischsprachigen Gesellschaftswissenschaften vgl. Diaz-Bone 2015; 2018.

und Vereinnahmungen führen. Sie brechen den IB-Fokus auf international institutionalisierte Normen auf und betonen das Nebeneinander unterschiedlichster Handlungsmaximen innerhalb der vermeintlich ‚passiv‘ regulierten Akteurswelten (vor allem Wirtschaftsakteure). Transnationale Regulierungspraktiken sind damit auch nie nur Normumsetzung oder Interessenabsicherung, sondern stets Vermittlung.

Zwei Formen der Vermittlung: Übersetzung und Forminvestition

Im pragmatischen Sinne können wir Regulierungspraktiken zunächst als Prozesse der Übersetzung verstehen. Dieser Begriff hat in den IB bereits eine gewisse Konjunktur erfahren und eine prozessuale Perspektive auf Wandel in der internationalen Politik bzw. der politischen Ökonomie eröffnet (Berger & Esguerra 2018; Scheper & Goerdemann 2022), daher gehe ich an dieser Stelle nicht detailliert darauf ein. Festhalten lässt sich zunächst, dass Übersetzung den produktiven Wandel beschreibt, wenn allgemeine Normen und Regeln in unterschiedliche Handlungskontexte überführt werden. Sofern dies durch Regulierungspraktiken geschieht, sind diese auch eine „Investition in Formen“ (Thévenot 1984) – ein Konzept, durch das wir die prozessorientierte, pragmatische Ontologie mit einer Regime-Ebene verbinden können, sie also einer stärker generalisierten Betrachtung unterziehen (Thévenot 2001: 407). Das eher in frühen konventionstheoretischen Arbeiten verwendete Konzept der Forminvestition verweist auf die Prozesse der Herstellung dominanter Formen und darauf, dass diese Herstellung gezieltes und kostenverursachendes Engagement mit Blick auf gewünschte Resultate in der Zukunft erfordert – also durchaus im Sinne des gebräuchlichen ökonomischen Verständnisses einer Investition. Unternehmen investieren nicht nur in materielle Produktionsfaktoren, sondern auch in kognitive Formen (z.B. zur Beurteilung von Arbeitsqualifikationen oder zum Nachweis über die Erfüllung einer Rechtsnorm). Diese erlauben, dass Akteure relevante Informationen erkennen und zwischen Individuen und Kollektiven vermitteln können (Thévenot 1984). Mit der „klassischen“ ökonomischen Investition in eine Produktionsanlage hat die Investition in Formen (der Interaktion, der Evaluierungs- oder Verhaltensstandardisierung) in diesem Sinne gemeinsam, dass sie eine gewisse Rigidität oder Inflexibilität herstellt, durch die Beziehungen zwischen Objekten „mit einem Minimum an menschlichem Eingriff“ reproduziert werden (Thévenot 1984: 10).

Während wir mit dem Übersetzungskonzept eher die Frage nach einem Objekt in einer Ausgangssprache (z.B. eine völkerrechtliche Norm) und den produktiven Wandlungsprozess in eine Zielsprache (z.B. ein Gesetz oder einen Standard) adressieren, rückt mit

der Forminvestition stärker die mehr oder weniger aufwendige Herstellung einer Zielsprache in den Mittelpunkt, also die Fabrikation teilweise stabiler Formen der Koordination und Kontrolle. Beide Begriffe hängen damit eng zusammen, betonen aber unterschiedliche Aspekte.

Das Konzept der Forminvestition scheint mir gerade für die Auseinandersetzung mit derzeitigen, teils kostenintensiven Bemühungen einflussreicher Akteure um die Konstruktion spezifischer transnationaler Regulierungsformen und -wege interessant zu sein. Der Begriff könnte die praxis- bzw. konventionstheoretische Forschung auf interessante Weise für die IB-Forschung ergänzen, die vor allem im Hinblick auf Fragen der normativen Rechtfertigung und der Kritik bereits lebendig ist (Bueger & Gadinger 2018; Gadinger 2016; Niemann 2020; Scheper 2015). Die Perspektive der Forminvestition verknüpft diese Fragen mit den sozialen Prozessen der Herstellung der kognitiven Formen, die Akteure zur Erfassung, Interpretation und Evaluierung der Welt verwenden, wie Heuristiken, Messmethoden, Berichts- und Erzählformate, die in den IB etwa als Governancetechnologien bzw. als epistemische Praktiken an Bedeutung gewonnen haben (Bueger 2015; Davis et al. 2012). Dieser Verweis auf die notwendigen sozialen Herstellungsprozesse könnte insbesondere für politikwissenschaftliche Analysen hybrider transnationaler Regulierung eine erkenntnisfördernde Ergänzung darstellen, da sie es erfordert, tiefer in die Handlungslogiken der Akteure in ihren jeweiligen Kontexten (z.B. Qualitätskonventionen in globalen Lieferketten, Ponte & Gibbon 2005) einzutauchen und sie als normativ wie materiell relevante Charakteristika transnationaler hybrider Regulierung in die Analyse aufzunehmen. Ich verdeutliche dies im Folgenden am Beispiel des UNGC und der damit verbundenen Herausbildung von Formaten internationaler Menschenrechts- und Nachhaltigkeitspolitiken in Bezug auf transnationale Unternehmen.

Das Hybride als erfinderisches Artefakt transnationaler Regulierungspraxis: Der UNGC und die Etablierung neuer Menschenrechtsformate

Graz (2019) zeigt auf interessante Weise in seiner Auseinandersetzung mit Dienstleistungsstandards als hybride Form der transnationalen Regulierung, dass es gerade die inhärente Ambivalenz und Offenheit ist, die Hybridität so attraktiv macht. Im Rückgriff auf die Bedeutung der hybriden Wesen, bekannt vor allem aus den griechischen und römischen Mythologien, betont Graz (2019: 35): „Their power lies on a juxtaposition of life forms and qualities that transcends singular purposes. Ambiguity is in itself central to understanding this form of power.” So stelle auch in der Global Governance

die hybride Form eine substanzielle Qualität der Regulierung dar. Die „ontologische Unklarheit“ und „affektive Ambivalenz“ (Graz 2019: 35) mythischer Hybriden finden sich hier wieder: „In the present world (...) governance instruments such as international standards draw their power from the ambiguity that characterizes them as new tools made up from easily identified parts but assembled in such a way as to form inventive artefacts in charge of shaping significant transformations of contemporary capitalism.”

Zur Herstellung dieser „erfinderischen Artefakte“ setzen hybride Regulierungsformen politische Arbeit und Investitionen voraus, die durchaus wirkmächtig relativ stabile Formen erzeugen und damit spezifische Praktiken, Subjekte und Objekte hervorbringen. Hierzu gehört, erstens, die im Kern mit Regulierungspraktiken verbundene Dimension epistemischer Politik – also die Arten und Weisen der Produktion und Transformation von Information und Wissen (Zajak & Scheper 2019). Zweitens gehört hierzu die Verknüpfung von politischen Ideen, Normen und Subjekten (z.B. Menschenrechte, Arbeitsrechte, Internationale Arbeitsorganisation) mit institutionalisierten Strukturen der Kontrolle (z.B. globale Wertschöpfungsketten), der Objektivierung von Governance-Instrumenten (z.B. Monitoring-Tools, Worker Voice-Tools, Audit-Reports, etc.) und technischen Standards (z. B. internationale Industriestandards zur Gebäudesicherheit).

Das Beispiel des UNGC kann im Folgenden zentrale Aspekte der hier vorgeschlagenen Perspektive verdeutlichen. Der UNGC wurde viel diskutiert als freiwilliges Instrument zur Umsetzung internationaler Umwelt- und Menschenrechtsnormen durch transnationale Unternehmen und erfordert daher hier keine detaillierte Einführung. Er markierte in seinem Gründungsjahr 2000 einen neuen, umstrittenen Weg der Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und privaten Unternehmen. Aus Sicht der institutionalistischen Regulierungsforschung trägt er als freiwilliges Lern- und Diskussionsforum zur Verbreitung von Menschenrechts- und Umweltnormen in der Privatwirtschaft bei, ist gleichzeitig in seiner Regulierungseffektivität aber sehr schwach, da er auf rein freiwilliger Mitgliedschaft beruht. Aus kritischer politisch-ökonomischer Perspektive ist er damit weitgehend uninteressant, da er primär Reputationskosmetik für transnationale Unternehmen in einem auf industrielle Selbstregulierung setzenden Feld der Menschenrechts- und Nachhaltigkeitspolitik ist.

Aus der praxistheoretischen Vermittlungsperspektive ist der UNGC hingegen ein interessantes Beispiel, da er Formate zur Abbildung von Menschenrechts- und Nachhaltigkeitsnormen zur Verfügung stellt. Diese waren zumindest in der Menschenrechtspolitik zu seiner Gründungszeit neu und mussten zunächst als umstrittene Objekte des

Wissens und der Messung von Unternehmensverhalten entwickelt und etabliert werden. Heute stellen sie vielfach Vorlagen und Formate für transnationale, hybride Menschenrechtsregulierung dar, etwa im Kontext neuer staatlicher Lieferkettensorgfaltspflichtengesetze. Der UNGC ist in diesem Sinne selbst als freiwilliges Forum kaum als transnationale Regulierung einzustufen, sondern stellt eine ihr vorgelagerte Investition in unternehmensorientierte Formen der Menschenrechtspolitik dar. Er ist eben nicht nur Verbreitung von menschenrechtlichen und ökologischen Normen, sondern auch spezifischer kognitiver Formate ihrer Abbildung, Messung und ihres Vergleichs. Diese sind für die praktische Bedeutung der zugrundeliegenden (aber stets teilweise unbestimmten) Normen nicht nur repräsentativ, sondern konstitutiv (Merry 2015; Scheper 2015). Sie haben sich in den letzten zwei Jahrzehnten in vielen anderen Kontexten transnationaler Menschenrechtspolitik institutionell eingeschrieben: Leitprinzipien, Mitgliedschaft, Logos, Formate für Fortschrittsberichte und Impact-Messungen, nationale und internationale Audit-Netzwerke, digitale Plattformen und Programme, Jahresberichte (usw.) etablieren über die einzelnen Übersetzungspraktiken hinausgehende Formen transnationaler Nachhaltigkeits- und Menschenrechtspolitik als Objekte des Managements. Heute sind derartige performanceorientierte Menschenrechtspolitiken bereits etabliert, werden im Zuge der Debatte um Wirtschaft und Menschenrechte zunehmend institutionell verankert und entfalten dabei Legitimitätspolitische Bedeutung (Scheper 2019).

Es war dabei gerade nicht der Ansatz des UNGC, die spezifischen Handlungs- und Qualitätskonventionen verschiedener Unternehmen in Beziehung zu den völkerrechtlichen Normen zu setzen, zu „bewerten“ und gegebenenfalls zu ersetzen, obwohl sie vielfach in Konflikt miteinander stehen. Vielmehr sollten in möglichst universeller Weise ‚der Markt‘ und Unternehmen in ihrem Reputationsinteresse adressiert werden. Ein globaler Ölkonzern muss hierfür ebenso gute oder schlechte Öko- und Menschenrechtsperformanz nachweisen können wie ein gemeinwohl-ökonomisches Kreditinstitut. Wir können damit zwar durchaus von einer Verbreitung menschenrechtlicher Normen ausgehen, aber es vollziehen sich dabei politische Veränderungen: Wir beobachten die teilweise Vereinnahmung dieser Normen durch Konventionen managerialistischer Praxis – eine Orientierung an individueller Unternehmensleistung rückt etwa anstelle einer Orientierung an institutionalisierten Rechtsansprüchen bzw. Rechtskämpfen in den Vordergrund.

Die managerialistische Form bringt dabei menschenrechtliche Normen gerade nicht gegen spezifische Produktionswelten mit ihren etablierten Qualitätsstandards in Anschlag, sondern setzt vielmehr allein auf ihre standardisierte Übersetzbarkeit. Aus men-

schenrechtlicher Sicht besteht damit das Problem, dass die hergestellten Formen weitgehend symbolischen Charakter haben, aber relativ stabil sind und auch in ‚härtere‘ rechtliche Regulierungsansätze einfließen. Eher als die ‚Diffusion von Normen‘ zeigt uns der UNGC somit – praktisch gedacht – vor allem die Unbestimmtheit dieser Normen, die sich durch unterschiedlichste Konventionen des Handelns, vom Ölkonzern zur Sozialbank, einordnen lassen. Er zeigt dabei auch die Stabilisierung der managerialistischen Formen ihrer Repräsentation über den UNGC hinaus in unterschiedlichen hybriden transnationalen Regulierungspraktiken, die im Kontext der Menschenrechte zunehmend einflussreich werden (z.B. im Reporting, der Zertifizierung oder im Monitoring globaler Lieferketten). Dies zeigt sich insbesondere im Rahmen der Umsetzung der Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte auf nationalen und internationalen Ebenen (Scheper 2019), die derzeit durch neue Lieferkettengesetze (z.B. in Deutschland und der Europäischen Union) rechtlich verbindlichere Gestalt annehmen. Dieser Gestalt gingen offensichtliche Übersetzungen und Forminvestitionen voraus. Dies bedeutet nicht, dass die Bedeutung und die Achtung der Menschenrechte nicht nach wie vor im Unternehmenskontext vielfach umstritten, durch Akteure kritisiert und angefochten werden würden. Allerdings sind bei diesen Streitigkeiten und Rechtfertigungspraktiken die etablierten kognitiven Formate zugunsten der Abbildbarkeit unternehmerischer Leistungen verschoben – es hat ein Prozess der Managerialisierung stattgefunden (Edelman 2016). Hierbei besteht eine gewisse Beständigkeit: Eine schwache Performanz im Fortschrittsbericht etwa stellt noch nicht den Fortschrittsbericht als kognitives Format zur Abbildung von menschenrechtlichen Auswirkungen der Unternehmenspraxis infrage.

Fazit

Das praxistheoretische Vermittlungskonzept eröffnet einen innovativen Blick auf transnationale Regulierung. Es setzt an den Ambiguitäten hybrider Regulierungskonstellationen an und erweitert den vorherrschenden Blick auf Normen und Regeln bzw. ihre Intermediäre, ohne im Gegenzug Regulierung rein als Reaktion auf die materiellen Notwendigkeiten kapitalistischer Produktionsregime zu verstehen. Stattdessen werden unterschiedliche Formen der Wertung und Bewertung von Praktiken betrachtet, die Bestandteil transnationaler Regulierung werden. Sie sind Kern dessen, was auch als regulativer Kapitalismus bezeichnet wurde (Levi-Faur 2011b). Sie sind sowohl semantisch als auch materiell. Vor allem sind sie politisch, weil sie umstritten sind, Orte der Machtausübung, Machtanfechtung und -perpetuierung sein können und dabei mehr oder weniger stabile Koordinationsformen hervorbringen, in denen durch Wertung und Grenzziehungen regelmäßig Norm- und Regeleinhalten konstruiert werden.

Formen der Bewertung und Wertung von Praktiken der Regulierung sind damit auch als Herrschaftsinstrument zu verstehen. Damit kann Regulierungsforschung sowohl normative Rechtfertigungspraktiken als auch materielle Bedingungen der Kapitalakkumulation berücksichtigen und zudem historisch weiterblickende Studien zum Wandel kapitalistischer Ideologien und Rechtfertigungsmuster informieren (Piketty 2020).

Literaturverzeichnis

- Abbott, Kenneth W.; Genschel, Philipp; Snidal, Duncan; Zangl, Bernhard (2015): Orchestration. In: Kenneth W. Abbott (Hg.): International organizations as orchestrators. Cambridge: Cambridge University Press, 3–36.
- Abbott, Kenneth W.; Levi-Faur, David; Snidal, Duncan (2017): Theorizing Regulatory Intermediaries. In: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 670 (1), 14–35.
- Adler, Emanuel; Pouliot, Vincent (2011): International practices. In: *International Theory* 3 (01), 1–36.
- Berger, Tobias; Esguerra, Alejandro (Hg.) (2018): World politics in translation. Power, relationality and difference in global cooperation. London, New York: Routledge (Routledge global cooperation series).
- Bartley, Tim (2011): Certification as a mode of social regulation. In: David Levi-Faur (Hg.): *Handbook on the Politics of Regulation*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 441–452.
- Black, Julia (2002): Critical Reflections on Regulation, in: *Australian Journal of Legal Philosophy* 27, 1–35.
- Boltanski, Luc; Thévenot, Laurent (2006): On justification. Economies of worth. Princeton: Princeton University Press (Princeton studies in cultural sociology).
- Boltanski, Luc; Chiapello, Eve (2007): The new spirit of capitalism. London, New York: Verso.
- Bueger, Christian (2015): Making Things Known. Epistemic Practices, the United Nations, and the Translation of Piracy. In: *International Political Sociology* 9 (1), 1–18.
- Bueger, Christian; Gadinger, Frank (2015): The Play of International Practice, in: *International Studies Quarterly* 59 (3), 449–460.
- Brand, Ulrich (2013): Internationalisierung des Staates. In: Wullweber, Joscha; Graf, Antonia; Behrens, Maria (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie*, Wiesbaden, 299–313.
- Cutler, A. Claire; Dietz, Thomas (2017): The politics of private transnational governance by contract: Introduction and analytical framework. In: A. Claire Cutler und Thomas Dietz (Hg.): *The politics of private transnational governance by contract*. Abingdon, Oxon, New York, NY: Routledge (Politics of transnational law), 1–36.
- Davis, Kevin; Fisher, Angelina; Kingsbury, Benedict; Merry, Sally E. (Hg.) (2012): *Governance by Indicators. Global Power through Quantification and Rankings*. Oxford: Oxford University Press.

- Diaz-Bone, Rainer (2018): Economics of Convention and its Perspective on Knowledge and Institutions. In: Johannes Glückler, Roy Suddaby und Regina Lenz (Hg.): Knowledge and Institutions. Cham: Springer International Publishing (13), S. 69–88.
- Diaz-Bone, Rainer (2015): Sozioökonomie und Économie des conventions. In: Reinhold Hedtke (Hg.): Was ist und wozu Sozioökonomie? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 261–276.
- Edelman, Lauren B. (2016): Working law. Courts, corporations, and symbolic civil rights. Chicago/ London: The University of Chicago Press.
- Edelman, Lauren B.; Talesh, Shauhin A. (2011): To comply or not to comply - that isn't the question: How organizations construct the meaning of compliance. In: Christine Parker und Vibeke Lehmann Nielsen (Hg.): Explaining Compliance. Business Responses to Regulation. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, 103–122.
- Esser, Josef (Hg.) (1994): Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulations-
theorie. Hamburg: VSA-Verlag.
- Gadinger, Frank (2016): On Justification and Critique: Luc Boltanski's Pragmatic Sociology and International Relations. In: International Political Sociology 10 (3), 187–205.
- Graz, Jean-Christophe (2019): The Power of Standards. Cambridge: Cambridge University Press (5).
- Hood, Christopher; Rothstein, Henry; Baldwin, Robert (2004): The government of risk. Understanding risk regulation regimes. Oxford: Oxford University Press.
- Koddenbrock, Kai (2018): Strukturwandel der Globalisierung? Brexit, Trump(ismus), Strategien Chinas und die politische Ökonomie der internationalen Beziehungen. Einleitung zum Forum. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 25 (2), 126–143.
- Koenig-Archibugi, Mathias; Macdonald, Kate (2017): The Role of Beneficiaries in Transnational Regulatory Processes. In: The Annals of the American Academy of Political and Social Science 670 (1), 36–57.
- Levi-Faur, David (2011a): Regulation and regulatory governance, in: Levi-Faur, David (Hrsg.): Handbook on the Politics of Regulation, Cheltenham: Edward Elgar, 3-21.
- Levi-Faur, David (2011b): The regulatory state and regulatory capitalism: an institutional perspective, in: Levi-Faur, David (Hrsg.): Handbook on the Politics of Regulation, Cheltenham: Edward Elgar, 662-672.
- Merry, Sally Engle (2015): Firming Up Soft Law. The Impact of Indicators on Transnational Human Rights Legal Orders. In: Terence C. Halliday und Gregory

- Shaffer (Hg.): *Transnational Legal Orders*: Cambridge University Press, 374–400.
- Niemann, Holger (2020): *Justification of Responsibility in the UN Security Council. Practices of normative ordering in international relations*. London, New York: Routledge (Routledge global cooperation series).
- Piketty, Thomas (2020): *Kapital und Ideologie*, München: C. H. Beck.
- Ponte, Stefano; Gibbon, Peter (2005): *Quality standards, conventions and the governance of global value chains*. In: *Economy and Society* 34 (1), 1–31.
- Scheper, Christian (2015): 'From naming and shaming to knowing and showing'. *Human rights and the power of corporate practice*. In: *The International Journal of Human Rights* 19 (6), 737–756.
- Scheper, Christian (2019): *Menschenrechte als private Legitimitätspolitik. Politische Autorität und völkerrechtliche Rechtfertigung von Unternehmenspraktiken*. In: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 26 (1), 5–27.
- Scheper, Christian; Gördemann, Johanna (2022): *Human Rights and Corporate Re-insurance: From Ensuring Rights to Insuring Risks*. In: *New Political Economy* 27 (2), 225–239.
- Storper, Michael; Salais, Robert (1997): *Worlds of production. The action frameworks of the economy*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.
- Thévenot, Laurent (1984): *Rules and implements: investment in forms*. In: *Social Science Information* 23 (1), 1–45.
- Thévenot, Laurent (2001): *Organized Complexity: Conventions of Coordination and the Composition of Economic Arrangements*. In: *European Journal of Social Theory* 4 (4), 405–425.
- Vrielink, Mirjan O.; Montfort, Cor v.; Bokhorst, Meike (2011): *Codes as hybrid regulation*. In: David Levi-Faur (Hg.): *Handbook on the Politics of Regulation*. Cheltenham: Edward Elgar, 486–498.
- Zajak, Sabrina; Scheper, Christian (2019): *The Dual Nature of Transparency: Corporatization and Democratization of Global Production Networks*. In: Stefan Berger und Dimitrij Owetschkin (Hg.): *Contested Transparencies, Social Movements and the Public Sphere. Multi-Disciplinary Perspectives*: Palgrave Macmillan, 211–232.

DuEPublico

Duisburg-Essen Publications online



Offen im Denken



Dieser Text wird via DuEPublico, dem Dokumenten- und Publikationsserver der Universität Duisburg-Essen, zur Verfügung gestellt. Die hier veröffentlichte Version der E-Publikation kann von einer eventuell ebenfalls veröffentlichten Verlagsversion abweichen.

DOI: 10.17185/diskurs/81687

URN: urn:nbn:de:hbz:465-20240410-110522-1

Erschienen in: Zeitschrift diskurs, Bd. 8 (2022): Sonderheft Vermittlung in der internationalen Politik, S. 55-69



Dieses Werk kann unter einer Creative Commons Namensnennung - Keine Bearbeitungen 4.0 Lizenz (CC BY-ND 4.0) genutzt werden.